Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

23. Sitzung
22. Juni 2023

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.35 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) anwesend. Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) ist aufgrund der vom 22. bis 24. Juni 2023 stattfindenden Kultusministerkonferenz entschuldigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sind außerdem die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung gem. § 25 Abs. 6 S. 2 GO Abghs hinzugeladen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen werde (Bild und Ton). Sie stellt diesbezüglich das Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Unter Berücksichtigung der vielfältigen psychosozialen Belastungen der Schülerinnen und Schüler während der Corona-Pandemie und darüber hinaus frage ich den Senat, wie der Nachteilsausgleich und der Notenschutz bei den MSA-Prüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie bei der Präsentationsprüfung in

2023 an allen Schulformen Berlins geregelt ist und wie die Benotung durch die entsprechend angepasste bzw. veränderte Bewertung durch die Lehrkräfte auszusehen hat?“
(Fraktion der CDU)

- „Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand der Vertragskommission Jugend bezüglich der Neubewertung der Personalbemessung in den stationären Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und zu den neu zu bestimmenden Rahmenleistungsvereinbarungen?“
(Fraktion Die Linke)

- „Am 2. Juni gab es ein Schreiben an die Berufsschulen des Landes Berlin, bezüglich der „Regelungen der Ausübung des Streikrechts von Berufsschülerinnen und Berufsschülern in der dualen Ausbildung an Berufsschultagen“. Welche Regelungen sind notwendig, um das Grundrecht auf Streik, auf dessen Stärkung sich im Koalitionsvertrag verständigt wurde, auch für Berufsschüler:innen in Berlin voll zu verwirklichen?"
(Fraktion der SPD)

- „Wie weit fortgeschritten sind die Planungen und das Konzept des Senats zur Implementierung des 11. Pflichtschuljahres und können schon erste Punkte des Konzepts bekannt gegeben werden, beispielsweise wo es organisatorisch angesiedelt ist?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- „Nach der ernüchternden IGLU-Studie zur Lesekompetenz von Grundschülern hatte Senatorin Günther-Wünsch „schnelle, wirksame und nachhaltige Lösungen“ versprochen. Welche Maßnahmen sollen nun zur Verbesserung der Lesekompetenz ergriffen werden?“
(AfD-Fraktion)

Nachdem Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF), Frau Stappenbeck (SenBJF, Leiterin der Abteilung Jugend und Kinderschutz) und Herr Salchow (SenBJF, Leiter der Abteilung IV, Schulische Berufliche Bildung; Zentralverwaltete Schulen) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Nachdem Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) berichtet und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet hat (siehe Inhaltsprotokoll), schließt der Ausschuss Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1007 **Zweites Gesetz zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes**	0177 BildJugFam

Zu diesem Punkt liegt dem Ausschuss ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor (Anlage).

Herr Abg. Weiß (AfD) begründet den Änderungsantrag.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) und Herr Duveneck (SenBJF, Leiter der Abteilung II; Grundsatzangelegenheiten des Schulwesens, der Schularten und -fächer, Schulrecht, Lehrkräfteaus- und -weiterbildung, Lebenslanges Lernen, Qualitätssicherung und -entwicklung) Fragen der Ausschussmitglieder beantworten und Stellung nehmen, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1007 – wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke – die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0155 BildJugFam
b)	Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/0894 **Lehrkräftebildung an den Berliner Hochschulen stärken!**	0148 BildJugFam Haupt WissForsch(f)
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0175 BildJugFam

d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0176
Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B) BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen zu Punkt 3 a) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Antrag für die antragstellende Fraktion zu Punkt 3 b) und den Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 c) und d) der Tagesordnung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Tom Erdmann, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- Frau Karina Jehniche, Schulleiterin der Christian-Morgenstern-Grundschule,
- Herr Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes,
- Herr Hartmut Schurig, Personalratsvorsitzender der allgemeinbildenden Schulen der Region Marzahn-Hellersdorf,
- Herr Sven Zimmerschied, Vorsitzender der Vereinigung der Berliner ISS Schulleiterinnen und Schulleiter (BISSS) und Schulleiter der Friedensburg-Oberschule Berlin.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Sitzungszeit um eine halbe Stunde zu verlängern.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF), Herr Blume (SenBJF, Leiter der Abteilung I; Unterstützung und Beratung der Schulen, operative Schulaufsicht, Schulpsychologie, Personalmanagement, Bildungsstatistik und Prognose, Schulentwicklungsplanung, eGovernment@school) und Herr Duveneck (SenBJF, Leiter der Abteilung II; Grundsatzangelegenheiten des Schulwesens, der Schularten und -fächer, Schulrecht, Lehrkräfteaus- und -weiterbildung, Lebenslanges Lernen, Qualitätssicherung und -entwicklung) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 3 a), c) und d) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Die antragstellende Fraktion Die Linke ersetzt das Berichtsdatum des „30. Juni 2023“ durch das Berichtsdatum des „30. September 2023“.

Der Antrag – Drucksache 19/0894 – wird auch mit geändertem Berichtsdatum mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und AfD abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Forschung.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0171 BildJugFam
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024?** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0154 BildJugFam

Nachdem der Senat zusagt, dem Ausschuss die Stellungnahme zu Punkt 4 der Tagesordnung schriftlich zukommen zu lassen, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt aufgrund der abgelaufenen Sitzungszeit zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (24.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 31.08.2023, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari Tonka Wojahn

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie, 22. Juni 2023

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Drucksache 19/1007:

Vorlage – zur Beschlussfassung – Zweites Gesetz zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes

1.)

In § 12 Absatz 3 wird der Satz

„Sie dauern in der Regel insgesamt zwei Jahre und werden von der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung oder von einer von dieser beauftragten landeseigenen Einrichtung angeboten."

wie folgt geändert

„Sie dauern in der Regel insgesamt zwei Jahre und werden von der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung oder von einer von dieser **genehmigten** Einrichtung angeboten."

2.)

In § 12 Absatz 4 wird ein neuer 7. Punkt ergänzt:

7. „die Zugangsvoraussetzungen für Lehrkräfte aus Schulen in freier Trägerschaft".

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung, die übrigen Punkte verschieben sich entsprechend.

Begründung

Der **Verband Deutscher Privatschulen Landesverband Berlin-Brandenburg** schlägt vor, die Belange der Schulen in freier Trägerschaft im vorliegenden Gesetzentwurf zu berücksichtigen und nennt zwei konkrete Verbesserungsvorschläge, die im vorliegenden Änderungsantrag aufgegriffen werden. Auch der **Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin e.V.** fordert, „Lehrkräfte an den Schulen in freier Trägerschaft" vollumfänglich „bei den Angeboten der Aus- und Weiterbildung zuzulassen."